



Keine 50-Meter-Gittermasten

Kreistag reiht sich in die „Front“ der 380-kV-Freileitungsgegner ein / Bode für scharfe Resolutio

LANDKREIS ■ Bereits auf dem Höckermarkt ragte das Protestgebilde gut vier Meter in die Höhe; seit einigen Tagen steht die „380 kV-Freileitung“ aus Holz am Beckstedter Ölpeplatz. Die Bürgerinitiative macht Front gegen die geplante E.ON-Trasse, zuletzt hat der Kreistag seine Resolution gegen das Starkstrom-Projekt verfasst.

Wie schon berichtet, sprach sich der Kreistag am Dienstag gegen den Bau einer 380-kV-Freileitung aus, die auf über 50 Meter hohen Gittermasten von Ganderkesee nach St. Hülfe bei Diepholz geführt werden soll. Auslöser für das Projekt sind die Pläne zum Bau von leistungsstarken Windparks vor allem im Offshore-Bereich.

Im Kreistag waren sich alle einig in der Zielsetzung, Unstimmigkeiten gab es jedoch zunächst bei der Frage, welcher der vorliegenden fünf Textentwürfe diese Zielsetzung am deutlichsten zum Ausdruck bringen würde. Der Umweltausschuss hatte bereits am 24. August einen eigenen Entwurf erarbeitet. Zwischenzeitlich war vom



Auf dem Transparent an der Holzattrappe in Beckstedt ist zu lesen: „Kinderkrebs durch Vorbeugung vermeiden – Keine 380 000 Volt über unsere Köpfe hinweg“

Foto: Henseler

ohne dass für die erforderliche Leitungskapazität Vorsorge getroffen ist.

Es ist dafür zu sorgen, dass die unterirdische Verlegung von Kabeln auch für die oberen Spannungsebenen zum Stand der Technik entwickelt wird.

Neben der DENA-Studie ist eine weitere wissenschaftliche Arbeit in Auftrag zu geben, die die Möglichkeiten der Gleichstromtechnik mit Erdkabeln, die Möglichkeiten der Wasserstofftechnologie sowie den Ersatz von 220 kV-Leitungen durch 400 kV-Leitungen und deren Einsatzmöglichkeit und Verfügbarkeit überprüft. Erst nach Vorliegen dieser Studien soll eine Grundsatzentscheidung herbeigeführt werden, ob das Landschaftsbild, die Natur und die Lebensqualität der Menschen dem Hochspannungsleitungsbau geopfert werden muss, der ausschließlich mit dem forcierten Ausbau der Windenergie in Verbindung steht. Die Bundesregierung der Bundesrepublik